

Neuer Hochheimer Stadtmessenger

Amtesliches Organ



1. Stadt Hochheim

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) und u.
Berlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Alster-
reim Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Hohenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: In den die 6-gelbte Kolonnenzeile oder deren Raum 12 Pfennig
auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gelbte Kolonnenzeile 30 Pf.
Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postfach 168 67 Frankfurt am Main

Nummer 31.

Dienstag, den 15. März 1927

4. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die deutsche Delegation unter Führung von Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist aus Genf nach Berlin zurückgekehrt.
Die nächste Ratstagung des Völkerbundes ist auf Montag, den 13. Juni, festgesetzt worden. Ueber den Ort der Tagung ist eine Vereinbarung noch nicht getroffen.
Der Völkerbundsrat hat vor Abschluß der Tagung in einer nichtöffentlichen Sitzung die Mandate der Mitglieder der Saar-Regierungs-Kommission, mit Ausnahme des Präsidenten Stephens, um ein weiteres Jahr erneuert. Gleichzeitig wurde der derzeitige Präsident Stephens um vorläufige Weiterführung der Präsidentenschaft der Regierungs-Kommission gebeten. Stephens hat dieser Bitte vorläufig zugestimmt.
In Rom erfolgte nach zweitägiger Verhandlung das Urteil im Prozeß gegen 41 sogenannte kommunistische Kuriere durch das Sondergericht, das Gefängnisstrafen gegen sämtliche Angeklagte nach der Person und dem Grad ihrer Schuld von 2 bis 14 Monaten Gefängnis verhängte.
Nach einer Meldung aus Paris haben die deutsche und die französische Wirtschaftsdelegation eine Vollziehung abgelehnt. Nachdem eine Einigung über die Grundzüge des endgültigen Handelsvertrages erzielt war, haben die beiden Delegationen die Verhandlungen über gewisse Abänderungen des zurzeit in Kraft befindlichen vorläufigen Abkommens fortgesetzt.
Die Nachrichten von einer Verschlimmerung des Befindens des Königs von Spanien werden als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. Das Bulletin der Ärzte verzeichnet im Gegenteil eine Besserung des Gesundheitszustandes. In sechs bis acht Tagen wird nach Ansicht der Ärzte der König vollständig wiederhergestellt sein.

Die neue Aufwertung.

Mit dem Ausgang des Jahres 1923 erreichte die schlimme Inflationszeit ihr Ende, und mit der Stabilisierung folgte die Gesundung der Deutschen Reichsmark. Damit treten aber auch die harten Opfer der Inflation zutage, welche Tausende in bittere Not stürzten. Es mußte etwas geschehen, um die Verhältnisse zu bessern, und so wurde nach heftigen Auseinandersetzungen im Reichstage im Juli 1925 das Aufwertungsgesetz angenommen. Bei der heutigen Finanzlage des Reiches konnte das Gesetz unmöglich alle Forderungen der geschädigten Gläubiger erfüllen, sie mußten sich sehr bescheiden und nach der Bede strecken. Seitdem setzte die Agitation auf erhöhte Zuwendungen mit verstärkter Kraft ein und gewann Einfluß auf die politischen Wahlen, bei denen in einer Reihe von Einzelstaaten, namentlich in Sachsen, die Anhänger einer weiteren Aufwertung sehr beachtenswerte Erfolge erzielten. So sind denn neue Anträge und Anregungen vor den Reichstag gekommen, und die Reichsregierung hat sich der dringenden Aufforderung nicht entziehen können, eine neue Aufwertungsvorlage auszuarbeiten zu lassen, die gegenwärtig im Reichstag geprüft wird und zum Schluß dieser Woche an den Reichstag gelangen soll. Es ist sehr schwer zu erkennen, daß auch dieser Gesetzentwurf nicht allen Wünschen entsprechen und daß deshalb eine Reihe von gesteigerten Zumutungen sich einstellen wird. Es ist auch ein Antrag auf Stellung eines Volksbegehrens erfolgt, der schon an und für sich einen heftigen Kampf entfachen wird. Gläubiger und Schuldner müssen gleich behandelt werden, dahin geht die Hauptforderung, und soll sich der Gläubiger Einkünfte aus dem Vermögen des Schuldners beschlagnahmen lassen, so muß sich der Schuldner im gleichen Maße dazu beugen. Das ist ein Volkstakt, den wir beim besten Willen nicht gut widerprechen können. Die Frage bleibt nur, wie weit beim Schuldner die Fähigkeit vorhanden ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Und hier muß ernsthaft erwogen werden, ob im bestehenden Aufwertungsgesetz nicht eine Lücke vorhanden ist, die ausgefüllt werden muß. In dem Gesetz vom Jahre 1925 sind die darin vorgesehenen Minderungen dem Schuldner daneben zugesprochen, doch hat sich herausgestellt, daß für diese Fassung des Gesetzes keine Notwendigkeit besteht. Die Lage einer nicht geringen Anzahl von Schuldner hat sich nach der Aufwertung so verbessert, daß sie heute sehr wohl imstande sind, erhöhte Zahlungen an ihre Gläubiger zu leisten.

Wer wieder zahlungsfähig geworden ist, muß auch zahlen, gleichviel ob es sich um Reich, Staaten oder sonst jemand handelt. Das Reich selbst hat seinen Steuerzahler zu zahlen, warum soll dem Reich etwas geschenkt werden, falls es seine finanziellen Verhältnisse im Laufe der Zeit bessert? Die schwerer geschädigten Gläubiger empfinden es auch recht, wenn sie sich mit sehr hohen Verhältnissen abfinden müssen, während ihre Schuldner nicht selten Ausgabemäßen, deren Ausmaß nicht zum mindesten bezweifelt werden muß. Hier ist also eine Änderung angebracht.
Zahlreiche Gläubiger haben ferner beantragt, daß in der Inflationszeit in einem Maße verpfändet worden, dessen Wert der heutigen Veranlassung in keiner Weise entspricht. Es hat, ganz außerordentlich, und namentlich von Ausländern, in solcher Weise angekauft worden. Die schätzigen Eigentümer haben heute keine Mittel, während die Käufer, die aus der Zeit der Inflation stammen, den Gläubigern...

verkaufen müssen, eine Vergütung zu gewähren, die einem billigen Recht entspricht. Es war nicht vorzusehen, daß die Sachlage sich in dieser Weise entwickeln würde, sonst hätte eingeschritten werden können. Die Reichsregierung hat ja früher auch erklärt, daß kein Zeichen von Kriegsanleihe aus demselben Verluste zu befürchten brauche, und nun haben sich die Verhältnisse doch in unerwarteter Weise gestaltet. Es sind also mancherlei Umstände vorhanden, die es schwer machen, zu sagen, was Recht und was Unrecht ist. Es erscheint deshalb auch wenig angebracht, sich über streng juristische Formalitäten zu streiten.

Das Ergebnis der Ratstagung.

Chamberlains Urteil.

Der britische Außenminister Chamberlain erklärte nach seiner Rückkehr nach London einem Reitervertreter u. a.:
Während dieser Ratstagung hatten wir keine Zusammenkünfte von Gruppen, keine geheimen internationalen Verhandlungen. Daß über das Saargebiet eine Vereinbarung erzielt wurde, ist ein hinreichend sicherer Beweis für den Fortschritt des Völkerbundes. Bei dieser Gelegenheit gab es weder Sieger noch Besiegte. Ich halte die Regelung für sehr gut, denn jede Seite hat erreicht, worauf sie den größten Wert legte. Von den vorliegenden drei schwierigen Fragen wurden die beiden wichtigsten geregelt. Die Frage der deutschen Schulen in Oberschlesien wurde tatsächlich geregelt durch ein Abkommen zwischen Polen und Deutschen als den beiden unmittelbar beteiligten Parteien.
Dies bedeutet eine befriedigende Entspannung zwischen Polen und Deutschland, und ich glaube, daß es zu einer befriedigenden Lösung auch der anderen noch ausstehenden Fragen führen wird. In der Saarfrage zeigten die Vertreter Frankreichs und Deutschlands das freundschaftlichste Verständnis für den Standpunkt des anderen, selbst wenn sie sich ihm nicht anschließen konnten. Dies war sicherlich eine der wichtigsten Sessungen des Völkerbundesrates, denen ich beigewohnt habe. Nach meiner Ansicht arbeitet der erweiterte Völkerbundsrat außerordentlich gut. Es ist bemerkenswert, daß während dieser Ratstagung zwar viele Einzelbesprechungen zwischen einzelnen Staatsmännern stattgefunden haben, aber keine Konferenzen außerhalb des Völkerbundsrates. Dies zeigt, wie anders die Beziehungen zwischen Deutschland und uns seit Locarno geworden sind. Stresemann darf man zu der sehr nützlichen und erfolgreichen Tagung Glück wünschen.

Die Auffassung in Berlin.

Ueber das Ergebnis der Tagung des Völkerbundsrates hinsichtlich der Saarfrage schreibt die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“ aus Genf u. a.:

Das Kompromiß wurde deutscherseits vollzogen unter dem Gesichtspunkt der doch recht anscheinlichen, auch in dieser Frage erreichten Erfolge, nicht ganz wie gewünscht, aber in einer Reihe von Punkten wesentlich verbessert, und zugunsten der Saarwünsche interpretiert gegenüber der Fassung des dem Völkernähe vorliegenden Vorschlags, der ja auch bereits ein Kompromiß darstellte, an dessen Gestaltung deutsche Interessen nicht ganz unbeteiligt war.

Mit der Unterstellung der Wahrungstruppe unter den ausschließlichen Befehl der Regierungs-Kommission des Saargebietes würde selbst für den Fall, daß die Angehörigen dieser Truppe aus den gleichen Individuen bestehen, die früher als militärische Truppe im Gebiet aufgetreten waren, die militärische Oberhoheit über die Angehörigen des Saargebietes entfallen. Die militärische Gewalt als solche hat damit wieder eine Stütze aufgegeben. Man hat sich auf deutscher Seite davon überzeugen lassen, daß eine individuelle Neutralisierung für den vorliegenden Zweck unmöglich wäre, daß vielmehr die Gefahr der Aufstellung einer unidividuierten Wahrungstruppe zu tragen hätte. Hierbei muß man noch ganz absehen von dem Verlust, den ein solches Verfahren für die Aufstellung und damit auch für die Entfernung der französischen Truppen aus dem Saargebiet bedeuten würde. Was die Zahl anbelangt, so ist ebenfalls ein Steigen auf eine niedrigere Ziffer, nachdem Gewährung dafür gefordert, daß sich die Regierungs-Kommission der ihr anheimgestellten Befehlshaber der Zahl im deutschen Sinne nicht entgegen würde, nicht mehr zu verantworten haben. Ohne Unterstellung des deutschen Reiches bedenklichen Gegenstandes darf daher die Zustimmung als ein befriedigendes, jedenfalls als ein politisch brauchbares Ergebnis festgestellt werden.

Das Echo in Frankreich.

Während die Regierungspresse Befriedigung darüber zum Ausdruck bringt, daß Briand Deutschland in der Saarfrage einen gewissen Konzessionen gemacht hat, stellt die Radikale Presse den Vorwurf, daß die Regierung die Gelegenheit, seine Entschlossenheit zu veranschaulichen, nicht genutzt hat.

Der „Gaulois“ ruft aus: „Wieder ein Kompromiß! Das ist das Ergebnis, das man von den Verhandlungen erwarten konnte.“

Der „Figaro“ schreibt: „Stresemann hat dadurch, daß er der vorgeschlagenen Lösung seine Zustimmung gab, einen gewissen guten Willen bewiesen. Er bringt aber das Versprechen mit nach Hause, daß die französischen Truppen bald das Saargebiet verlassen werden. Er hat vor der Öffentlichkeit in aufsehenerregenden Erklärungen die Frage der demnächstigen vollständigen Räumung des Rheinlandes aufgeworfen.“

Das „Echo de Paris“ führt aus: „Französischerseits hat man im Völkerbundsrat gegen die deutscherseits vorgebrachten Forderungen Widerstand geleistet. Man muß sich fragen, ob Stresemann dadurch, daß er aus seiner relativ maßvollen Haltung hinsichtlich der verschiedenen mit Polen schwebenden Fragen Augen zugeht, in der Lage sein wird, mit noch größerem Nachdruck die Anwendung des Artikels 431 zu fordern. Welche Haltung hat übrigens hierbei Chamberlain eingenommen? Die vagen Versicherungen, die Briand an die Presse verschwendet hat, können nicht die Zweifel beheben. Der französische Außenminister wendet wunderbarerweise die billige Kunst der Rede an; aber wenn er in Genf diesmal wieder erklärt, daß die Räumung der Rheinlande nicht erwirkt worden ist, während Stresemann öffentlich die längeren privaten Verhandlungen erwähnt hat, deren Gegenstand diese Frage bildete, dann spielt Briand in ziemlich mittelmäßiger Weise mit Worten.“

Der „Avenir“ schreibt: „Wie bei jeder internationalen Zusammenkunft verläßt Deutschland Genf, indem es das mitnimmt, was es haben wollte, und zwar zum Schaden Frankreichs und seiner Alliierten. Vielleicht verdient das nicht einmal besondere Beachtung. Man darf aber nicht vergessen, daß Deutschland selbst in untergeordneten Fragen keine Zugeständnisse gemacht hat. Darin liegt ja gerade die Richtigkeit der Verständigungspolitik. Frankreich wird immer um diesen Verständigungswillen nachgeben. Trotzdem wird Briand dank einer geschickten Darstellung der Tatsachen vor der öffentlichen Meinung wieder als Triumphtor nach Paris zurückkehren.“

Die geheime Ratstagung.

Stresemanns Wünsche.

In der nichtöffentlichen Sitzung der Regierungs-Kommission wurde zunächst dem Präsidenten der Regierungs-Kommission des Saargebietes, Stephens, von Scialoja und im Anschluß daran auch von Dr. Stresemann für seine dem Völkerbund geleisteten Dienste, seine Bereitwilligkeit, sein Amt vorläufig weiterzuführen, der Dank ausgesprochen. Reichsminister Dr. Stresemann machte dann darauf aufmerksam, daß sich unter den wiederbestätigten Mitgliedern der Regierungs-Kommission auch ein Mitglied — das belgische Mitglied Lambert — befinde, das bereits sieben Jahre der Kommission angehört. Schon früher habe man von einer Verlängerung der Amtszeit auf fünf Jahre gesprochen. Auch sei es vorteilhaft, anderen Ländern Gelegenheit zur Teilnahme an den Arbeiten in der Kommission zu geben. Er wolle, wenn auch die Person Lamberts nicht in Frage stehe, den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß der Rat seiner Bemerkung bei der nächsten Wahl der Kommission Rechnung trage.

Politische Tageschau.

Konkurrenz durch Verboten. Im Preussischen Landtag ist eine denationalisierte kleine Industrie eingegangen, die darauf hinweist, daß dem Buchdruck- und Papierverarbeitungsindustrie von behördlichen Stellen Konkurrenz gemacht werde, staatliche und kommunale Verwaltungen vertrieben werden, staatliche und kommunale Buchdruckerei- und Vertriebsstellen eingerichtet. Gerichtliche Verurteilung, daß der preussische Ministerpräsident der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, A. G. in Berlin, eine Monopolstellung für staatliche Aufträge zu schaffen beabsichtigt, und daß die preussischen Regierungspräsidenten ihren Druckauftrag in Zukunft möglichst nur noch bei dieser Firma beauftragen sollten. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es Maßnahmen treffen wolle, die durch behördliche Konkurrenz hervorgerufene Schädigung des freien Druckereis- und des Papiergewerbes zu unterbinden.

Die sozialdemokratische Partei des Saargebietes. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat auf ihrem Parteitag eine Entschließung angenommen, in der sie erklärt, daß in Genf abgeschlossene Kompromisse keine nur als eine Stütze angesehen werden auf dem Wege zu einer weiteren deutsch-französischen Verständigung und damit zu dem Ziele der endgültigen Räumung des Saargebietes an Deutschland.

Neuregelung der Invalidenrenten. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages machte die Reichsregierung vier Vorschläge zur Neuregelung der Invalidenrenten. Die Vorschläge betreffen im einzelnen: 1. Erhöhung der Invalidenrente auf die Höhe der Pensionen der Invaliden der Reichswehr, 2. Abschaffung der Invalidenrente mit den jetzt laufenden Renten, 3. Abschaffung der Invalidenrente mit den jetzt laufenden Renten, 4. Abschaffung der Invalidenrente mit den jetzt laufenden Renten. Die Vorschläge betreffen im einzelnen: 1. Erhöhung der Invalidenrente auf die Höhe der Pensionen der Invaliden der Reichswehr, 2. Abschaffung der Invalidenrente mit den jetzt laufenden Renten, 3. Abschaffung der Invalidenrente mit den jetzt laufenden Renten, 4. Abschaffung der Invalidenrente mit den jetzt laufenden Renten.

Die staatliche Wirtschaftspolitik.

Die Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums.

Berlin, 14. März.

Der Reichstag begann heute die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

gibt einen Überblick über die Tätigkeit seines Ministeriums. Er unterscheidet dabei die Mitwirkung des Staates an der Vermittlung wirtschaftlicher Erkenntnisse und die Erziehung zur Wirtschaftlichkeit, die Bedeutung der Steuerpolitik, der Zoll- und Handelsvertrags- und der Geld- und Kreditpolitik für die Wirtschaft, die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft selbst durch Eigenbetätigung der öffentlichen Hand und durch Unterstützung notleidender Wirtschaftskreise. Nur auf gewissenhaften Erkenntnisgrundlagen sei das Zusammenwirken der verschiedenen Wirtschaftskreise und der Ausgleich der großen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit möglich. An neuen

Aufgaben für 1927

nennt der Redner die Reichswohnungsfrage, die Erhebung von Haushaltsrechnungen zum Aufschluß über die Lebenshaltung der Bevölkerung, die Produktions- und Konsumstatistik zur Verwirklichung der Handelsstatistik, insbesondere die Einführung eines Handelsformulars für die Warenzufuhr wird nächsten dem Reichstag eine Vorlage zugehen.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden erstreckt sich auch auf wirtschaftspolitische Aufgaben. Trotzdem könne man ein Zentralorgan, den Reichswirtschaftsrat, nicht entbehren. Bei Besprechung der Zoll- und Handelsvertragspolitik betonte der Redner, daß der Anteil Europas an der deutschen Ausfuhr zugunsten des außer-europäischen Anteils stark gemindert sei.

Die Ausfuhr nach den europäischen Ländern

sei im ganzen genommen geringer als vor dem Kriege, wobei den Hauptausfuhrslag die verminderte Ausfuhr nach Rußland und Frankreich gebe. Asien und Afrika nähmen wachsende Mengen deutscher Ausfuhrzeugnisse auf.

Der Minister schloß sich von der im Mai in Genf stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz eine gewisse Erleichterung der allgemeinen handelspolitischen Lage zu erwarten. So wenig befriedigend im ganzen Deutschlands handelspolitische Lage zurzeit auch sein möge, so werde die Reichsregierung doch eine Besserung der Methoden in nächster Zeit nicht verantworten können. Die Einbringung eines neuen deutschen Zolltarifs würde im Augenblick nur noch größere Verwirrung hervorrufen. Der Minister kündigte eine Vorlage der Reichsregierung über die Gestaltung der Agrarzölle für nach dem 31. März dieses Jahres an und verwies auf die neuen Wege, die man gehen werde.

Steigerung der Ausfuhr

zu gehen beabsichtige. Dem Auslande müsse klargemacht werden, daß die Garantieleistung für sogenannte Ausfuhrkredite, die Exportkreditversicherung und andere Maßnahmen seien, die auch andere Staaten träfen, und daß gerade die besondere Schuldenerlage Deutschlands zur Förderung der Ausfuhr dränge. Auf dem Gebiet der

Geld- und Kreditpolitik

hätten die Geldsätze der Auslandsanleihen und des Inlandskapitals im vergangenen Jahre eine beträchtliche Verminderung erfahren. Trotzdem sei aber die Zinsbelastung noch immer sehr hoch und bedenklich. Man müsse jetzt daher ernst überlegen, ob und welche Maßnahmen zur Verbesserung des Geld- und Kreditstadiums ergriffen werden können. Der Minister betonte weiter, daß sich der Staat mit besonderer Sorgfalt des Geldverkehrs und des mittelständischen Gewerbes annehmen müsse. Ein wie starker Wille zur

Selbstbehauptung im Handwerk

lebe, lehre auch ein Blick auf den wenig fortschreitenden Aufbau der Kreditgenossenschaften, deren Mitglieder zum großen Teil dem Handwerk angehören.

Der Minister betonte, daß mit diesem Überblick die staatliche Wirtschaftspolitik keinesfalls erschöpft sei. Erst aus der Gesamtbetrachtung aller großen Gebiete der Staatsbetätigung, bei denen der Staat in den Wirtschaftsverlauf eingreife, ergäbe sich die Gesamtheit der Wirtschaftspolitik. Neben der Zollpolitik hieße die Außenhandelspolitik in weitestem Sinne. Der zweite große Kom-

plex wirtschaftspolitischer Betätigung liege in der Steuerpolitik, und das dritte große Gebiet sei die Sozialpolitik. Einen letzten Zweig bilde die Verkehrspolitik. Der Minister betonte, er habe sich stets bemüht, durch rege Mitarbeit an allen Fragen auf eine einheitliche Linie und eine planmäßige Zusammenfassung hinzuwirken.

Abg. Frau Sender (Soz.) weist auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch hin. Leider habe sich das Ministerium ganz der Führung der Kapitalisten überlassen. Die Rationalisierung habe sich bisher nur zugunsten der Unternehmer ausgewirkt, nicht in einer Preisentlastung. Hätten Regierung und Unternehmer die zur Überwindung der Krise wichtige Bedeutung des Massenabsatzes rechtzeitig erkannt, so hätten sie zunächst die Reallohnsteigerungen müssen. Die Handelspolitik der Regierung lasse jede Initiative vermissen. Als Ziel der Arbeiter stelle die Rednerin zum Schluß auf: Produktive Sozialpolitik durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Kaufkraft, sowie Abbau der Zollmauern.

Abg. Dr. Reichert (Dnt.) bekämpft die Uebernahme wirtschaftlicher Betriebe durch die öffentliche Hand, weil die Betriebe dann unrentabel würden und sie außerdem, von Steuern befreit, eine unfaire Konkurrenz für die schwer belasteten Privatbetriebe würden. Die Rationalisierung habe auch gute Folgen. Sie habe endlich einmal wieder eine Rente geschaffen, und Bebel habe ja selbst einmal gesagt: „Ohne Profit raucht kein Schornstein.“ Außerdem habe die Rationalisierung den Export wieder ermöglicht und Geld und Rohstoffe wieder ins Land gebracht. Arbeitszeit dürfe man nicht rationieren nach Schema F. Nach dem kleinen Ausgleich des Vorjahres sei unsere Handelsbilanz wieder passiv. Man scheine sich im allgemeinen nicht genügend klar zu machen, daß die 2 Milliarden Dawes-Lafin vier bis fünf Prozent des gesamten deutschen Volkseinkommens ausmachten.

Abg. Schladt (Ztr.) will aus verschiedenen Erwägungen erkennen, daß es mit unserer Wirtschaft vorwärts gehe. Wenn wir die Dawes-Lafin für uns verwenden könnten, würden wir 600 000 Menschen mehr beschäftigen können. Die Erfüllung des Dawes-Plans sei überhaupt nur durch Steigerung der Ausfuhr möglich. Deshalb müsse der Völkerverbund dafür sorgen, daß die Zölle international abgebaut werden. Deutschland solle auf diesem Wege vorangehen. Der neue französische Zolltarif lasse wenig Hoffnung auf eine Besserung der Beziehungen. Das Ausland müsse endlich aufhören, Deutschlands Wirtschaftslage viel zu günstig zu beurteilen. Unsere Ausfuhr bleibe noch 35–40 Prozent hinter der der Vorkriegszeit zurück.

Nach weiterer Aussprache vertagte sich das Haus.

Handelsteil.

Berlin, 14. März.

— **Devisenmarkt.** Auch heute fiel die sehr feste Haltung Spaniens auf.

— **Effektenmarkt.** Bei ruhigem Geschäft zeigte sich eine geringe Erholung.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen m. 26.7–27, Roggen m. 24.5–24.7, Braugerste m. 21.2 bis 24.1, Wintergerste 19.2–19.5, Hafer m. 19.4–20.2, Mais La Plata 18.1–18.3, Weizenmehl 34.25–36.75, Roggenmehl 33.2 bis 35.5, Weizenkleie 15.75, Roggenkleie 15–15.25.

Frankfurt a. M., 14. März.

— **Devisenmarkt.** Außer einem festeren Kurs der Reichsmark keine Veränderungen.

— **Effektenmarkt.** Die Börse eröffnete unsicher, doch war sie etwas erholt. Am Anleihemarkt bestand kein Interesse.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen 29–29.25, Roggen 27, Sommergerste 25–25.5, Hafer 21.75–22.5, Mais gelb 18–18.25, Weizenmehl 40–40.5, Roggenmehl 37.25 bis 37.5, Weizenkleie 14.25–14.5, Roggenkleie 14.5–14.75, Hafer trocken 8–9, Stroh 4.25–5, Treber gett. 16.75–17.

— **Ämtliche Notierungen für Speisekartoffeln.** Fruchtbarkeit Frankfurt a. M. bei Waggondung. Industrie hiesiger Gegend 6.40–6.50, weiznähliche und weiznähliche hiesiger Gegend 6.

— **Frankfurter Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: 1315 Rinder, darunter 200 Ochsen, 62 Bullen, 627 Kühe, 302 Färsen, 565 Kälber, 77 Schafe, 611 Schweine. Bezahlt wurden für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen: vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtw. 1. jüngere 60–62, 2. ältere 55–59, sonstige

vollfleischige 50–55, fleischige 44–49. Bullen: jüngere höchsten Schlachtw. 54–56, sonstige vollfleischige 48–53, fleischige 45–47. Kühe: jüngere, ausgewählte höchsten Schlachtw. 48–53, sonstige vollfleischige oder ausgewählte 42–47, fleischige 33–41, geringe genährte 25–32. Färsen: vollfleischige ausgewählte höchsten Schlachtw. 58–64, ausgewählte 52–57, fleischige 45–51. Kälber: beste Mast- und Schlachtw. 71–77, mittlere Mast- und Schlachtw. 62–70, geringe 50–61. Schafe: Mastlammern und jüngere Mastlammern, 50–55, mittlere Mastlammern, ältere Mastlammern, genährte Schafe 47–49. Schweine: Ferkel ausgewählte 62–63, vollfleischige von 120–150 Kg. 62–63, vollfleischige 100 bis 120 Kg. 63–64, vollfleischige von 80 bis 100 Kg. fleischige von 75–80 Kg. 60–62.

— **Rannheimer Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen inländ. 25.5–29.3, ausländ. 31.25–33.25, inländ. 27.5–27.75, ausländ. 27.75–28, Hafer inländ. 18.75, Braugerste 25.5–30, Futtergerste 20.75–21.5, Mais 18.75, Weizenmehl Spezial 0 40.5, Weizenbrotmehl 32.5, mehr 20–28, Mele 14.

Aus aller Welt.

□ **Staatssekretär a. D. v. Rühlmann** vom Amt für den Staatsschutz. Staatssekretär a. D. v. Rühlmann ist in der Straßburger Straße von einem Auto überfahren worden, er erlitt einen Schädelbruch. Der Staatssekretär wurde in ein Krankenhaus überführt. Das Befinden hat sich etwas gebessert. Der Verwundete wird wieder entlassen.

□ **Schlägerei auf der Ausstellung „Deutscher Wein“.** In der Ausstellung „Deutscher Wein“ in der Funkhalle am Kaiserdamm in Berlin kam es in der Nacht kurz nach 3 Uhr zu einer Schlägerei zwischen einer Anzahl Gäste sich weigerte, wegen der Polizeistunde das Lokal zu verlassen. Polizei mußte eingreifen und mehrere Personen festnehmen.

□ **170 000 Mark Seidenwaren gestohlen.** Ein Diebstahl in die Kontor- und Lagerräume einer Seidenhandlung im Stadtinnern Berlins und stahlen aus der Portokasse für circa 150 000 Mark Seidenwaren. Die Seidenhandlung ist wahrscheinlich ein Auto benutzt worden.

□ **Festnahme von Schauspielerinnen.** In der Nacht wurden in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Berlin drei Schauspielerinnen festgenommen. Die Festnahme erfolgte bei der Festnahme der drei Schauspielerinnen. Die Beamten von einem der drei mit einem Dreieisen angegriffen wurden nicht unerhebliche Verletzungen davon.

□ **Geplante kommunistische Demonstration zum 1. März.** Die Berliner Polizei hat Kenntnis erhalten, daß vor dem Kriminalgericht in Moabit große kommunistische Demonstrationen anlässlich des Urteils im 3. März geplant sind. Daher wird ein verstärkter Wachposten im ganzen Gerichtsgebäude eingerichtet und ein starkes Aufgebot von Schutzpolizei zum Eingreifen in der Straße bereit gehalten.

□ **8000 Arbeitslose weniger in Berlin.** In der letzten Berichtswoche hat sich auf dem Berliner Arbeitsmarkt die Anzahl der Arbeitslosen um 8000 vermindert, so beträgt jetzt 266 103. Die durch die Witterungsverbesserung begünstigte Wiederaufnahme von Aufträgen und Aufträgen zu dieser Entwicklung nicht unwesentlich beigetragen.

□ **Selbstmord während der Reiseprüfung.** Während der Reiseprüfung in Neu-Ulm a. d. Donau ist ein Abiturientenexamen erschossen. Der Abiturient, Oberprimarier Kasse aus Juch, daß er das Examen bestehen würde.

□ **Eröffnung der Breslauer Messe.** Die Breslauer Jahrmesse ist ohne besondere Feierlichkeit bei starkem Frost eröffnet worden. Die Messe ist vorzüglich beschickt. In den letzten Augenblicken wollten zahlreiche Aussteller Plätze halten berufen; sie konnten diese jedoch nicht mehr bekommen. Die Sonderzüge zur Messe waren voll besetzt. Die Messe ist namentlich in den einzelnen Abteilungen der Messe und der Schuhmesse wider Erwarten gut in Betrieb. In den anderen Abteilungen macht sich ein wenig Jögern der Einkäufer geltend. Unter den Ausstellungen begegnen namentlich die Gruppe der eisenaußstellung und der elektrischen Ausstellung dem größten Interesse.

Durch graues Leben

Roman von Ludwiga Hanson.

(Nachdruck verboten.)

10 Ich weiß, du siehst nit auf den armstellige Wammon, aber ich glaube, andere sehe desto mehr drauf: deine Eltern! Wir hanot vor der Stunde, wenn ich deine Eltern freue und mir ihr: Meint hole mich. O, höst' ich um deinewille doch etwas mehr! In deinem lebigen Alter wird dir's an Keckern nit fehle, auch an ehrenwerte nit. Daß der Knechtelknecht nit lorde könnt', das dachte ich mir oleich. Doch es komme noch andere!

„Na, ja!“ gab Mosa zurück. „es komme noch andere! Doch bene kann und soll es arab' so passieren wie auch jenem. Und wenn du auch nit reich bist und deine Mutter is eine arme Wittfrau und fährt Arhe, ich will dich doch! Wir find alle zwei jung, gesund und passe zusammen, laß doch alles andere wie es is! Abriens war am Mittag schon wieder einer da, der es auf mich abgeleide hat, ein reicher Varer von Himbach!“

„Von Himbach, aus dem ante, reiche Ort?“ sprach Sander verwundert. „das is mir sonisch, daß da einer hierher kommt. Was dort reich is und einigermaßen zusammen paßt in bezug auf Geld und Gut, wird beizeite schon zusammen gekoppelt. — Da werde deine Eltern gewannt haben!“

„Na, er kam nobel an, doppelpännig, is auf dem Markt herum gefahren und war dann ziemlich lang beim Vater, eigentlich er nit, aber sein Kreiersmann, er selbst soß in der Wirtschaft. Was er für einen Bescheid mitgenommen hat is la einerlei, ich weiß es nit.“ Gleichgültig sprach es das schöne Mädchen.

„Wir wollen's mal abwarten!“ sprach Eduard langsam. „Doch höre mal, Mosa: Ich möchte umlatseln. Die Jahre her diene ich bei diesem Posthalter für gute Lohn,

nur um das Güte meiner Mutter höher zu bringe, sie selbst schändet sich ab mit den Geschwistern. Wir find weiter gekomme und da möchte ich folgendes anfragen: Ich möchte zwei oder drei Jahr zum Oberförster hier in Eichenruh ahe und mich zum Förster ausbilde. In der Abwesenheit könnte ich viel dabei helfe. Da mein Vater ein tüchtiger Förster war, hilft man mir voran, wie ich verhältnismäßig verfährt bekom. Kann ich dann in einige Jahre in der Näh' eine Försterei bekomme und dich mit in ein Försthaus hole, o wie überaus glücklich wären wir dann! Wir würde das kleine Gut, das uns zufiele, mit betreibe, wie es auch mein armer Vater getan, der so früh hinfuhr mußte in eine bessere Welt!“

Mosa lautete den weichen Klüsterton des Burischen, an seine Brust gelehnt und schaute mit innerem Behagen das Lebensbild verheißungsvoller Zukunft: ein Försterehaus in der Einsamkeit, am liebsten hier an der Seide, ein Heim des Friedens, umarmt und umrauscht von den mächtigen Bäumen und darinnen sie beide, und dann umhüllt und umfaßt von jenen, die ihnen zum volleren Glück aehen würden, das ererbte Stüd Land dabei bewirtschaften können und Blüte und Frucht ihrer Mähen sehen, ja, das war ganz nach ihrem Sinne. Wie oft ver wünschte sie schon in ihrem Herzen die autgehabte väterliche Wirtschaft mit ihrer Ruhe, wo manchmal den Durchreisenden zu Gefallen oder auch für heimische Bedarf halbe Nächte geopfert wurden, wo jeder Lump, jeder Ferkel abgekomme bewirtet werden mußte und wo bei Trunk und Karte Worte fielen, für die Schwere gewohnheitsmäßig und selbstverständlich, die sie stets mit tiefstem Abscheu hörte. Dem Vater lag nichts dran. Hoch atmete sie auf, nach langer Pause.

„Na, Eduard, das wäre nach meinem Herzen! Wär's nur schon so weit! So ein Haus im Malzriede, abgeleide von der Welt, die soviel Gastmahlstreiberei, soviel Frech-

heit und Verlorenheit an sich hat, so ein Haus mit so Lobe wie hier das Försthaus neben dem Sofaebäude, Eichenruh und darin ich und du, o das wäre aniel! Run, sieh' mal zu, Lieber! Und komm', wir wollen so som zurückhe, wir könne unterweas noch aenna her schlaue. Wir geh'n ums Dorf herum, dann komme von der andern Seite herein und du machst dich, Zeit noch dem Städtchen!“

Sander folate ihrem Beispiel und Sand in seinen sie quer über das Stoppelfeld nach der Reide des Gutes. Selbst fast weizlich lag das verheißene Land da. Vor ihnen am Waldrande lagen nun voneinander abgeordnete kaum meterhohe Hügel, über denen weiche Wirten standen und bünne, ja, Eichen über den höchsten Rinde zittern ließen. Eine Hügelchen hieß das Reiterarab, das andere Reiterarab. Ob aber die Benennung des einen richtig ist, nach denen die es hiebt oder ob heide verneinelt wurden im Laufe der Jahrzehnte, der hundert, wer weiß es! Einst war Eichenruhe mit so fester Mauer umgeben, ein alter Abelsitz. Im dreißigjährigen Kriege wurde von einer mächtigen Eichenfanten Marodebrüder, aus aller Herrn Länder sammengelassenen Raubnebel, die in der nahen lange Zeit Unterschlupf gefunden hatten, der bunte Hof nachts überfallen. Die schwache Besatzung wurde zusammen und beinahe triumphierten die Marode. Da kam, von einem abgeordneten Waden herab, ein Trupp landarätlicher Reiter aus dem Norden in der Nähe, in höchster Not angesprengt, die Tore wurden befestigt und ein schreckliches Wüten begann, bis dem Reiche und zuletzt auch Eichenruhe der Sieg erblühte, doch auch nur mit schrecklich großen Opfern.

(Fortsetzung folgt.)

□ Ein Torwächter tödlich verunglückt. Im Verlaufe eines Fußballkampfes der schweizerischen Mannschaft U. S. Suisse gegen St. Oskynique d'Est wurde der Torwächter der letzteren Mannschaft durch einen Fugtritt so schwer verletzt, daß er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb.

Das Urtheil im Jürgens-Prozeß.
Berlin, 14. März. Im Prozeß gegen den Landgerichtspräsidenten Jürgens und seine Ehefrau wurde die Angeklagte wegen Meineides zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt, die Angeklagte durch die Unterthänigkeit verurtheilt, im übrigen freigesprochen. Der Angeklagte Landgerichtspräsident Jürgens wurde freigesprochen.

Berlin, 12. März. Im Polizeipräsidium fand die Abschiedsfeier für den zum Regierungspräsidenten in Rassel erhobenen bisherigen Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg statt. Polizeipräsident Borgiebel dankte dem Scheidenden für seine gute und treue Mitarbeit und wünschte ihm Glück für seinen neuen Wirkungskreis.

Die polnische Forderung in der Minderheitenfrage

Saurahütte, 14. März. In der evangelischen Kinderheilschule erschien eine Kommission der Wohnoberschafft, welche die Umgestaltung von 19 deutschen Kindern in die polnische katholische Schule anordnete. Von diesen 19 Schültern sind fünf aus reichsdeutschen Familien. Die Eltern hatten feinerer Forderung für die Kinderheilschule gestellt, doch wurden die Wünsche ungünstig erllart.

Flörsheim am Main, den 15. März 1927.

Der selbige Herr Peter Stephan Thomas im Alter von 60 Jahren. Nahezu 25 Jahre war der Genannte Redner der kathol. Kirchengemeinde. Daß er mehr als ein Gemeindeglied war, beweist wohl die Tatsache, daß Herr Thomas, obwohl er keinerlei derartigen Unterricht genossen, sich selbst eine kleine Kirchenorgel baute, die auch trefflich zu spielen verstand. Er hatte überhoben ein großes Interesse an der Kirchenmusik und auch eine alte römische Uhr baute er sich selbst. Auch als Zimmermann beschäftigte er sich gern; alles Dinge, die seinem sonst recht ruhigen Betribe ein tüchtiges Verlangen weitab lagerten. Nun hat ihn ein tückisches Leiden gefaßt. Die Beerdigung findet heute statt. Möge er in Frieden ruhen!

Frankfurt a. M. (Einceneue Blitta.) In d
Nacht spielte sich in dem Hause Hohenstraße 21 ein düst
Ereignis ab. Der Kellner Ruhn, verheirathet und Vater v
zwei Kindern, lauerete dem 34jährigen Weißbinder Engle
als dieser um 11 Uhr abends in seine Wohnung heimkehr
vor der Wohnungstür auf und gab auf ihn aus eine
Revolver mehrere Schüsse ab, die Engelt so schwer verletz
daß er kurze Zeit darauf starb. Der Verletzte konnte ni
vom Mansjardensloß aus nach unten flüchten, brach aber b
zusammen. Auf den Varrn hin eilte der Wäder Ganer her
auf den Ruhn ebenfalls schoß. Ganer wurde an der rech
Hand erheblich verletzt. Verheirathete Passanten nahm
Ruhn fest. Es handelte sich angeblich um ein Verbroch
des von Ruhn, der erst kürzlich aus einer Gefangenschaft entla
wurde, während einer Iradung des Lebewillens began

Ein **Rad-Fomberg**. (Nach dem Genuß von Bier und Bier gekostet.) Im Fortort Kirchorf eine ältere Frau Bier, nachdem sie kurz vorher ein treppeln gegessen hatte. Bald darauf stellten sich heftige Schmerzen ein und nach qualvollem Leiden erlag die Frau. Todesursache wurde Darmvergiftung festgestellt.

Die Ladung. (Ladenbrand). Aus bisher u
Manufakturwarengeschäft in der Luisenstraße ein Brand.
Auf die Straße hinausdringende Qualm wurde rechtzeitig
merkt und die Feuerwehr alarmiert. Nach durch starke Z
qualmung sehr erschwerten Löscharbeit konnte der Brand
löscht werden. Der Sachschaden durch Feuer und Wasser
sehr erheblich, aber durch Versicherung gedeckt.

Unter der Leitung des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Gau Hessen. Hier unter harkter Beteiligung der erste Gau des Reichsbundes der Kriegsbefähigten aus Hessen und Waldeck statt. Dem Geschäftsbereich ging hervor, daß die Anprüche der Versorgungsbedürftigen noch sehr vernachlässigt werden. In der Tabelle wurde die rigorose Einstellung der Versorgungsbedürftigen in der Wohnungsfürsorge für die Kriegsbefähigten wurde nicht ganz geübt, was verlangt werden mußte, weil in dieser Hinsicht von den Kommunalbehörden nicht die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 8146. 57 Gruppen wurden neu gegründet. Es gelang eine Anleihe zur Annahme, in der der Gau seine Entlastung darüber auswirkte, daß Holzung und Wiederaufbau n

△ Nieder-Ingelheim. (Aus der Haft entlassen.)
Der von der englischen Regierung wegen des Besites von
Waffen und Munition verhaftete hiesige Bürger ist nach Zah-
lung von 100 M. wieder aus der Haft entlassen worden.

△ Nierstein. (Durchgehender Fernsprechverkehr in Nierstein.) Vom 15. März ab wird bei dem hiesigen Postamt ununterbrochener Fernsprechdienst abgehalten werden.

△ **Farmstadt.** (Zur Erhöhung der gesetzlichen Wohnungsmiete.) Die Reichsregierung hat mit Zustimmung des Reichsrates beschlossen, die gesetzliche Miete vom 1. April d. Js. ab um 10 Prozent und vom 1. Oktober d. Js. ab um weitere 10 Prozent zu erhöhen. Die kaiserliche Regierung hat sich im Reichsrath gegen diese Erhöhung ausgesprochen. (Schäfer.) Der Miete und die damit

gesprochen, weil sie eine Erhöhung der Einkünfte in unmittelbarem Zusammenhang stehende Nothwendigkeit, die Sondergebäudesteuer weiter zu erhöhen, unter den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen den Landes als höchst unerwünscht ansehen muß. Die Erhöhung der Miete ist nun doch beschlossen. Das Reich wird der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten entsprechend erhöhen. Vielleicht auch die Löhne der Reichsarbeiter. Diese Vorgänge werden nicht ohne Rückwirkung auf die Länder und die Gemeinden bleiben können. Ebenso wird es nicht vertretbar sein, die gesamte Mieterhöhung dem Hausbesitzer zu belassen und heraus weiter einen Nutzen für den Wohnungsbau zu ziehen, noch die dem Land und den Gemeinden aus der Mieterhöhung entstehenden unmittelbaren Aufwendungen zu ersetzen. Es dürfte wohl das zweckmäßigste sein, diese Frage in Verbindung mit dem zur Zeit dem Landtag vorliegende Gegenentwurf über die heftigste Sondergebäudesteuer zu lösen, wobei zu berücksichtigen wäre, wie andere Länder diese Frage zu behandeln gedenken.

△ Hanau a. M. (Erbprinz Ferdinand Maximilian zu Ysenburg-Wächtersbach gestorben.) Der einzige Sohn des Fürsten Friedrich Wilhelm zu Ysenburg-Wächtersbach, der 46 Jahre alte Erbprinz Ferdinand Maximilian zu Ysenburg-Wächtersbach, ist in Berlin in der Augusta-Charité an einer schweren Kopfkrankheit gestorben. Die Beisetzung erfolgt in Wächtersbach in der Kreis-Gemeinde.

Die Reiter im Reichstag.

Am Sonntag gedenkte das deutsche Volk in wehmüthvollster Erinnerung der Millionen Opfer des Weltkriegs das Volk gedenkte Flaggen auf antiken Gebäuden und Zeichen Privathäusern befestigten schon äußerlich den Anstand der Feier. Im Mittelpunkt der sieben großen Berliner Festanstaltungen des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge stand die Feier im Reichstag, zu der

Reichspräsident v. Hindenburg
in Begleitung von Staatssekretär Meißner erschienen war,
an der die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichstages
der preussische Ministerpräsident Brauns, der Chef der See-
leitung, General Heyse, und der Chef der Marineleitung
Admiral Benker, teilnahmen.

Der Präsident des Volksbundes, Pfarrer Siemel, sei in seiner Gedenskrede den Volkstrauertag als den Tag, an dem wir alles vergessen sollen, was uns drückt und hegt, und zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Volkstrauertag, man als den

Versöhnungstag des ganzen deutschen Volkes
 Bezeichnen Wente, nun bald zum gesetzlichen Feiertag des
 Mit dem Spiel „Ich hatt' einen Kameraden“ einem Sch
 wort des Präsidenten Siemel und dem gemeinsamen Ge
 der ersten Strophe des Deutschlandliedes schloß die erste Re
 die bei allen Feiern einen tiefen Eindruck hinterließ.

Auf dem Platz vor dem Reichstagsgebäude schritt Reichspräsident, der beim Erscheinen wiederum mit brausen-
den Hoch- und Hurrarufen begrüßt wurde, die Front der Er-
schränkten an, worauf er mit Staatskretar Meißner sich
Kronprinz in ein Palais zurückbegab.

Sachheim am Rhein, den 15. März 192

—r. Frühjahrs-Pferdemast. Der diesjährige Frühjahrs-Pferdemast war vom Wetter nicht besonders günstig. Am Sonntag wehte ein schneidend kalter Wind, der wohl manchen von dem Besuche des Marktes gehalten haben dürfte. Trotzdem war der Fremden sehr am Sonntag ein recht erfreulicher, jedoch die Lo-

gut besetzt waren. — Am Montag ging zeitweilige Regen nieder, der dem Marktebium ungünstig beeinflusste. Auf dem Viehemarkt waren über 300 Pferde aufgetrieben. Pferde aller Qualitäten. Auch die unvermeidlichen gewinner hatten sich wieder eingestellt und beteiligten lebhaft am Pferdehandel. Beim Handel machte sich Unzufriedenheit der Zeit bemerkbar, denn derselbe bew

Verlorengegangenen der Zeit. Rindvieh waren 15 bis 20 Stüd vorhanden. Auf dem Krammarkt waren eine ziemliche Anzahl Vertauschständen aufgeschlagen, die vielfach Süßigkeiten feilboten. Der Vergnügungspart war gering ausgesetzt, jedoch die Jugend nicht auf ihre Rechnung kam. In der Schule und sonstige Fahrwerke fehlten ganzlich. Nur ein einziger Arbeiter war zu sehen.

„Kasperl-Theater“ sorgte für die Unterhaltung der in den verflochtenen Zahren, so hatte auch diesmal wieder die hiesige „Freiwillige Sanitätskolonne“ ihre Kräfte dem Dienste des Marktes gewidmet. Die Reichsbahn hat für die Markttage eine Kraftwagen-Verbindung zwischen Mainz und Hochheim eingerichtet, die gut benutzt wird. Es wäre zu wünschen, daß diese als dauerndes Verkehrsmittel zwischen unserer Stadt und dem von hier gerufenen Wiesbaden bestehen bliebe.

Lohnsteuer. Das Finanzamt teilt uns mit: Der Reichsminister der Finanzen hat durch Erlass vom 2. Febr. 1927 bestimmt, daß die Barabführung der Lohnsteuer nur noch zweimal monatlich zu erfolgen hat.

zwar für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis 15. eines Kalendermonats bis zum 20. dieses Kalendermonats und für Lohnzahlungen vom 16. bis zum Schluß eines Kalendermonats bis zum 5. des folgenden Kalendermonats. Diese Regelung findet erstmalig Anwendung auf Lohnzahlungen, die nach dem 31. März 1927 bewirkt werden. Übersteigen die Steuerabzugsbeträge für Lohnzahlungen eines Kalendermonats zusammen nicht den Betrag von 100 RM., so hat nur einmalige Abführung der Lohnsteuer zu erfolgen und zwar bis spätestens am 5. des folgenden Kalendermonats. Die Einsendung der Bescheinigung über die im Laufe des Kalendermonats einbehaltenen Lohnsteuerbeträge (Muster 2) hat wie bisher zum 5. des folgenden Monats zu erfolgen. Soweit die Lohnsteuer durch Kleben von Steuermarken zu entrichten ist, gelten die gleiche Termine.

Die beste Medizin gegen alle Leiden ist ein tüchtiges
gefundenes Lachen. Stellen Sie sich vor: 3 Stunden lang
Lachen und immer wieder Lachen, jedoch ganze Tränen
bäche fließen; das heißt zugleich: 3 Stunden alle Leiden
vergessen, aller Sorgen entbunden sein! Wenn ihnen das
noch eine gute Kapelle angenehme Weisen und lustig
Musik aufspielt, dann wird der Genuß den Höhepunkt er
reichen. Versuchen Sie dieses Rezept indem Sie an
nächsten Freitag, Samstag oder Sonntag um 8 Uhr i
die U. T. Lichtspiele (früher Bavaria) kommen. Dort werde
sich Ihnen im Rahmen des großen Lustspielprogramm
der lange dünne Pat und der kurze dicke Patagon a
Photografen vorstellen und der trodene Buster Keate
wird als Chertol Holmes jr. Ihre Lachmuskeln in Be
wegung versetzen.

„Kornfrant“ der Ersatz für Bohnenkaffee, hat sich durch seine unerreichte Güte den ersten Platz erobert, weil die guten Eigenschaften des Bohnenkaffees im vollsten Maße besitzt. Sein Wohlgeschmack und seine Belohnlichkeit machen ihn zum Vollgetränk im wahren Sinn. Kornfrant kann dank seines angenehmen, kaffeeähnlichen Geschmacks allein oder mit Zusatz eines beliebigen Quantums Bohnenkaffee verwendet werden. Die Zubereitung ist die gleiche wie bei Bohnenkaffee, also denkbar einfach.

Wiedereinführung einer Grundgebühr.

Die wichtigsten Merkmale des neuen Fernsprecharters, am 1. Mai 1927 in Kraft treten soll, sind: Die Wiedereinführung einer Grundgebühr für die Hauptanschlüsse, die Festsetzung einer einheitlichen Ortsgesprächsgebühr für alle Teilnehmer, die Ermäßigung von Ferngesprächsgebühren und die Abschaffung der sog. „Fischgrätenruvoon für die Teilnehmer.

Hauptanschlässe		monatlich	
1 bis 50	3 Rm.	501 bis 1 000	6.50 9
51 " 100	4 "	1 001 " 5 000	7.—
101 " 200	5 "	5 001 " 10 000	7.50
201 " 500	6 "	10 001 " 300 000	8.—

Die Ortsgesprächsgesühr beträgt einheitlich für alle Teilnehmer und öffentliche Sprechstellen 10 Pfg. Die Kosten der Pflichtgespräche, d. h. der Gespräche, für die mindestens ein Morat-Gesprächsgesühr zu entrichten sind, beträgt für je einen Bau-Anschluß:

in Ortsneben mit 1 bis 50 Hauptanschlüssen 30
in Ortsneben mit 51 bis 1000 Hauptanschlüssen 30
und in den übrigen Reihen 40 Gespräche.

Bei Teilnehmern, die ihren Anschlag nach vorheriger An-
kündigung längere Zeit nicht benutzen, wird für volle in die
der Nichtbenutzung fallende Kalendermonate auf die Bezahl-
ung von Pfllichtgesprächen verzichtet.

Die Ferngesprächsgebühren betragen für
gewöhnliche Dreiminutengespräche auf Entfernungen

von 5 bis 15 km.	30 Pfg.	bisher 45 Pfg.
von 15 bis 25 km.	40 Pfg.	bisher 60 Pfg.
von 25 bis 50 km.	70 Pfg.	bisher 90 Pfg.
von 50 bis 75 km.	90 Pfg.	bisher 120 Pfg.
von 75 bis 100 km.	120 Pfg.	

über 100 km. für je 100 km. 80 Flg. Gespränge bis zu 5
nellen künftig als Ortsgespränge.

Bei Gesprächen von längerer Dauer als 3 Minuten die überschüssige Gesprächszeit allgemein nach eingeleiteten Minuten berechnet und für jede volle oder angefangene Minute ein Drittel der oben stehenden Sätze erhoben. Bisher nur diese Berechnungsweise nur bei Gesprächen auf Entfernung über 100 Km. angewandt. Für Ferngespräche, die in verkehrsreichen Zeit zwischen 7 Uhr abends und 8 Uhr morgens angeführt werden, ermäßigen sich die Gebühren auf ein Drittel der Sätze für Tagesgespräche.

*
 ‡ Wettervoransage für Mittwoch, den 16. März:
 heftig veränderlich.

Uebergang in höhere Wagenklassen mit Sonntagskarten. Um Befehlenden dieselben zu bezeugen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei Sonntagsrückfahrkarten der Uebergang in höhere Wagenklassen gestattet ist. Hierbei ist jedoch der Uebergangspreis einer gewöhnlichen Fahrkarte zugrunde gelegt. Die Ermäßigung von 33% Prozent tritt hin bei Uebergangskarten nicht ein. Ein Reisender kann einer Sonntagskarte vierter Klasse in die dritte Klasse, gegen Zahlung des Preises einer halben Fahrkarte vierter Klasse mit einer Sonntagskarte dritter Klasse in die zweite, gegen Zahlung des Preises einer halben Fahrkarte dritter Klasse übergehen.

Die Zulassung zum Universitätsstudium von
 zeugnis. Die Bestimmungen über die Zulassung zum Un-
 versitätsstudium ohne Reifezeugnis vom 1. Juni 1924 sind,
 Wiedlung des Amtlichen Preussischen Presidencies zufolge
 dem preussischen Kultusminister nunmehr auch auf die pre-
 über Technischen Hochschulen ausgedehnt worden.

Eine Entschliegung des Reichsgasabteubundes

Gasfernversorgung. Eine Entschliegung über das die Gasver-
mitten besonders interessierende Problem der Gasver-
nabm der Reichsgasabteubund in seiner Gauptmanschaft
Gefamtvorhandlung an. In dieser Entschliegung wro
gesprochen, daß die Kommunalverwaltungen nicht nur bei
Untervertellung, sondern auch bei der Erzeugung von
nicht aussschließend werden dürfen. Außerdem wird gefot
den bei Verhandlungen über Gasfernversorgungen zu

Maisz, Schultertrage 56. 1. Stod, groß
 Fleh. Kein Laden. Geringe Spesen
 Eigene Bedienung. Bekannt für gute